



Öko-Zeitbombe im Boden?

KIESGRUBE Nötigen aus Bergamt sollen belegen, dass über Jahre hochgefährliche Stoffe deponiert wurden

Der Sprecher der Bürgerinitiative „Lebensraum Untere Nahe“, Gerhard Stumm, nimmt eine Bodenprobe in der mit belasteten Material aufgefüllten Kiesgrube oberhalb von Rümmelsheim.
Foto: Wolfgang Bartels

Von Wolfgang Bartels

RÜMMELSHEIM. Die Bürgerinitiative „Lebensraum Untere Nahe“ gibt keine Ruhe – und was sie in den letzten Wochen zutage gefördert hat, ist Grund für allergrößte Besorgnis. Gerhard Stumm von der BI formuliert es so: „Nun können wir belegen, dass in der ehemaligen Kiesgrube oberhalb von Rümmelsheim tatsächlich eine ökologische Zeitbombe ungeahnten Ausmaßes tickt.“

Schwermetalle sind hochgiftig

Nach jahrelangen Bemühungen hatten Stumm und einige Mitstreiter endlich Akteneinsicht beim Landesamt für Bergbau und Geologie bekommen. Schon im Juni 2014 hatte die Staatsanwaltschaft Mainz bestätigt, dass die Sprendlinger Firma Gaul in der ausgebeuteten Kiesgrube 162.500 Tonnen nicht zugelassene Fremdstoffe eingelagert hat. Ein Bußgeldverfahren kam allerdings nie zustande, weil die Akten irgendwo zwischen Staatsan-

waltschaft und Bergamt verschwanden. (Die AZ berichtete.)

Nach der Akteneinsicht zieht Gerhard Stumm nun den Schluss: „Unsere kühnsten Befürchtungen wurden weit übertraffen.“ Die BI-Leute fanden zahlreiche Belege in den Akten, dass von Großbaustellen, unter anderem am Frankfurter Güterbahnhof und an der Mainzer Universität, erheblich belasteter Aushub in Rümmelsheim abgelagert wurde, der selbst damals nicht zugelassen war.

Die Analysen verzeichnen gefährliche Konzentrationen der Stoffe Blei, Zink, Arsen, Cadmium, Quecksilber und Nickel. Diese Schwermetalle sind hochgiftig. Dazu kommen noch teerhaltige Stoffe und Mineralölreste, die bei Menschen Krebs auslösen können.

Allesamt sind dies gefährliche Umweltgifte, die in völlig unbekanntem Mengen und Zuständen im Deponiekörper schlummern. Bisher hat das Landesamt für Geologie behauptet, diese Stoffe seien harmlos, weil sie in neutralem Wasser nicht löslich seien.

Allerdings, so die BI, habe sich herausgestellt, dass der sogenannte pH-Wert des Wassers (Säuregrad) in der Grube stark schwanke. Die Giftstoffe könnten also im Laufe der Zeit durch Regen und Sickerwasser durchaus ausgewaschen werden und

„**Wir haben das Landesamt aufgefordert, mittels Bohrungen und Schürfungen oder auch Flutungen abklären zu lassen, welche Risiken durch das Verfüllmaterial bestehen.**“

Gerhard Stumm, Sprecher der BI

ins Grundwasser, in die unterhalb der Grube liegenden Weinberge und in den Ort Rümmelsheim gelangen.

Die Nachweise in den Akten belegen, so Gerhard Stumm, dass die Firma Gaul über Jahre viel mehr Erdaushub als erlaubt abgelagert hat, dazu meist auch

noch ohne die vorgeschriebenen Proben zu entnehmen. Die Akten zeigten, „dass dem Unternehmen zu jeder Zeit bewusst war, dass es gegen jegliche Bestimmungen verstoßen hat, ohne dass es abgemahnt oder bestraft wurde“.

Der frühere Betreiber der „Thomas Gaul GmbH“ mit Sitz in Sprendlingen will sich zu diesen Vorgängen nicht äußern. Er erklärt, er habe damit nichts mehr zu tun, weil er das Rümmelsheimer Gelände an die Deutsche Asphalt AG verkauft habe. Thomas Gaul hat mittlerweile in Sprendlingen ein neues Unternehmen gegründet, die „Ross Bauservice GmbH und Co K.G.“, die auch den Steinbruch Marta bei Waldböckelheim betreibt.

Ross Bauservice wirbt unter anderem als „zertifizierter Entsorgungsbetrieb“ mit einer „Bodenbörse“. Für Rümmelsheim dagegen sei er nicht mehr verantwortlich. Die Bürgerinitiative fordert nunmehr das Bergbauamt auf, Vorschläge zur Lösung der vielfältigen Probleme zu entwickeln und insbesondere künftige Gesundheits-

gefahren auszuschließen. Dazu Stumm: „Wir haben das Landesamt aufgefordert, mittels Bohrungen und Schürfungen oder auch Flutungen abklären zu lassen, welche Risiken durch das Verfüllmaterial bestehen.“ Es fehle auch immer noch die im Abschlussbetriebsplan vorgesehene Abdeckung der Deponie mit mindestens 50 Zentimeter Mutterboden.

Kleine Anfrage im Landtag

Doch es habe ohnehin keinen Sinn, auf dem belasteten Boden wie vorgesehen Streuobstwiegen anzupflanzen. Mittlerweile hat sich die Bürgerinitiative auch an den Bürgerbeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz gewandt.

Und sie konnte den Abgeordneten Michael Billen (CDU) bewegen, im Landtag eine Kleine Anfrage einzubringen, in der er von der Landesregierung wissen will, wer dafür haftet, wenn das Grundwasser in Rümmelsheim kontaminiert ist und Gesundheitsschäden bei den Bürgern auftreten.